

## **Youth on the world: Junge Frauen und Jugendliche bewegen die Welt: Bremen – Yaoundé**

### **Bericht zum Workshop Religion und Minderheiten, unter besonderer Berücksichtigung der Wahlen**

13.7.07, 14.30-17.30 Uhr. HBG

Kurz bevor stehen die Wahlen in Kamerun: Am 22. Juli können die kameruner Bürger wählen. Joy Alemazung, Politikwissenschaftler an der Uni Kiel, und Harchil Hagmou, Wirtschaftswissenschaftler an der Uni Göttingen geben uns Einblicke in die Wahlen in Kamerun. Die SchülerInnen haben bereits zu Minderheiten, Religion und Wahlen gearbeitet, so daß hier nicht grundsätzliche Bausteine vorgestellt werden, sondern ein direkter Einstieg gewählt wurde. Wir hörten Inputs, diskutierten und simulierten eine Wahl, aus der Perspektive der Angehörigen verschiedener Provinzen mit ihren je eigenen Interessen.

Zu wählen ist prinzipiell die Möglichkeit, seine politischen Vertreter zu bestimmen. Zwar gab es in Afrika bereits im 19. Jh. Wahlen, jedoch sind diese weit entfernt gewesen von demokratischen Wahlen. Demokratie kann durch 2 Elemente definiert werden:

1. contestation
2. participation

Problematisch ist, daß in Afrika Institutionen fehlen, die den Wahlvorgang organisieren, begleiten und kontrollieren – und zwar auf unabhängige Weise. Es kann festgestellt werden, daß in Kamerun kein demokratischer Wettbewerb stattfindet, sondern ein Kampf ums Überleben, ein Kampf, die eigenen Strukturen zu erhalten. Daran ist die Opposition genauso beteiligt wie die Regierungspartei. Die Verfassung bietet keine ausreichenden Möglichkeiten, einen wesentlichen Bestandteil von good governance, nämlich Kontrolle und Mitbestimmung, auszuüben. Das führt Wahlen in Kamerun ad absurdum.

Wir hören eine Rede von John Fru Ndi, dem Oppositionsvertreter der SDF, und eine von Paul Biya, dem aktuellen Präsidenten und versetzen uns in die Perspektive der Bevölkerung der 10 Provinzen mit ihren vorrangigen Problemen. Nach einer Debatte zwischen den Kandidaten schreiten wir zu Wahl, nicht ohne Wahlgeschenke zu erhalten. Fru Ndi erhält die Mehrheit der Stimmen. Dies könnte ein mögliches Ergebnis der kameruner Wahlen sein – jedoch verhindern Wahlbetrug und – fälschung ein solches Ergebnis. Diese finden bereits vor den Wahlen statt.

So ist das ONEL, das Beobachtungsinstrument der Wahlen, nur von Regierungstreuen besetzt. Wähler werden dafür bezahlt, in mehreren Wahllokalen ihre Stimmen abzugeben, viele Wähler erscheinen nicht auf den Listen. Dies sind nur einzelne Beispiele einer umfassenden Manipulation. Die Wahl entwickelt sich zu einem aktiven Wahlrecht der Reichen: Die Kautions, die Kandidaten hinterlegen müssen, ist angestiegen.

Das Wahlgesetz kann vor jeder Wahl verändert werden, so z.B. aktuell die Amtszeit des Präsidenten (Legislaturperioden). Die Parteien sind nur zur Wahl aktiv. Die Kirche dagegen hat, obwohl laizistisch, durchaus Einfluss. Ein besonderer Umstand ist darin zu sehen, daß die wichtigste Oppositionspartei, die SDF, anglophon besetzt ist – und die Anglophonen bilden die Minderheit. Obwohl viele Kameruner sagen, es gäbe keine Konflikte, wird festgestellt, daß – aus den Augen der Minderheiten – sehr wohl Konflikte bestehen: So zwischen Anglophonen und Frankophonen, verschiedenen Ethnien und Religionen (Islam im Norden) und v.a. den Pygmäen, die erst langsam überhaupt Bürgerstatus erhalten. Kamerun, das offiziell bilingual ist, zeigt dennoch, daß Anglophone kaum Chancen haben, so im Zugang zu Unis, Arbeitsplätzen, Beamtenposten etc. Die Politik, die Quoten einführt, verschärft die Konzentration auf Ungleichheit und schafft diese zum Teil erst. Kamerun gilt im Vergleich zu anderen Ländern als politisch stabil, und von außen wird relativ wenig interveniert. Wenn doch, dann haben diese Organisationen (z.B. A.I.) kaum Zugang ins Land. Externe Wahlbeobachtung wird als Einmischung in innere Angelegenheiten abgemildert. Die Haltung sei möglicherweise, dem Westen zu zeigen: „Da habt ihr eure Wahl“ – ohne daß diese, von Parteiengesetz (keine Rechenschaft, keine Mitgliedsprüfungen) bis zum Wahlgesetz demokratisch strukturiert wäre.

Problematisch ist das potentielle Machtvakuum, wenn Paul Biya nicht mehr kandidieren kann: Es wird kein Nachfolger aufgebaut, die Gefahr ist daß ethnische Konflikte v.a. zwischen Anglophonen und Frankophonen ausbrechen. Journalisten, die ebenfalls unter dem Aspekt der Marginalisierung als Minderheit betrachtet werden können, haben kaum eine Chance objektiv und investigativ Bericht zu erstatten, noch immer werden sie bei Intervention hinter Gitter gesperrt. Zu dem Konflikt zwischen Anglophonen und Frankophonen kommt der zwischen verschiedenen Ethnien, wie Bantu und Bamilèké: Vorurteile, auch aufgrund der wirtschaftlichen Situation (der Westen, das Grasland der Bamilèké) ist die Kornkammer Kameruns und damit sehr reich) erschweren die Zusammenarbeit. Stellen werden häufig nach ethnischer Zugehörigkeit besetzt, marginalisierte Minderheiten haben dadurch kaum eine reelle Chance. Die verschiedenen Religionen in Kamerun (Christentum, Islam, Animismus, Mischformen) sind großenteils an Regionen gebunden: Der eh schon wirtschaftlich marginalisierte Extreme Norden ist islamisch geprägt. Das verstärkt religiöse Zwietracht. Die christliche Religion prallt teilweise auf die traditionellen Bräuche, so z.B. in puncto Polygamie. Die Bevölkerung lebt meist eine Mischform, andererseits gibt es jedoch auch soziale Spannungen aufgrund der verschiedenen Glaubensformen. Eine recht große Ökumene versucht, zu intervenieren, indem sie auch politisch arbeitet (Menschenrechte, Korruption, Schuldenerlaß). Bischöfe und Kardinäle beziehen oftmals öffentlich Stellung gegen Präsident Biya. Damit ist Politik auch von der Kirche geprägt. Vor kurzem wurde eine Kampagne gegen Homosexualität geführt, die von teils der Kirche forciert wurde: In der Folge wurden etliche Politiker als homosexuell geoutet, was große Abneigung bis hin zu öffentlichen Denunziationen von Schwulen bewirkte. Somit ist die Minderheit der Homosexuellen tatsächlich stark gefährdet, kaum jemand gibt seine homosexuelle Neigung öffentlich bekannt, weil es sein Leben gefährden kann. Die Politik ist auch von der traditionellen Religion geprägt: Der Glaube an Hexerei und Magie ist in Kamerun fast durchgängig verbreitet. Manche Analysen kommen zu dem Schluß, daß die gesamte Ökonomie durch die Hexerei bzw. den Glauben daran gebremst wird: Denn Hexen verfolgen v.a. erfolgreiche oder erfolgsversprechende Personen, so daß die ursprüngliche Funktion der gleichmäßigen Verteilung von Gütern durch die Kombination mit einem kapitalistischen System ad absurdum geführt wird: Nicht nur, daß jeder Politiker einen Gegenschutz braucht (oft durch die sonst verachteten Pygmäen), sondern auch durch die Angstbesetztheit von persönlichem Erfolgsstreben. Zu all dem kommt das Aufeinanderprallen von traditionellem und modernem System: Die traditionelle Struktur der Chefferien im Westen und des Sultans (Foumban, Westen) steht meist sehr unverbunden neben dem modernen Verwaltungssystem (Bürgermeister). Die Bürger sind verwirrt, wer welche Kompetenzen inne hat, Macht- und Einflußkämpfe finden statt.

Als ein Problem, das sich durch all die Vielschichtigkeit der latenten oder offenen Konflikte zieht, wurde die Hierarchisierung der Gesellschaft gesehen. Sie verursacht ethnische, religiöse und Marginalisierungskonflikte. Auf der parteipolitischen Ebene zerstört Hierarchie Parteien, die Parteipolitik und die demokratische Kontrollmöglichkeit von Wahlen. Politik findet völlig abgehoben von der Bevölkerung statt, die in einer Art Wirkungskreislauf nicht aktiv interveniert.

Dazu kommt, daß es Indizien gibt, daß die externen Agenten eher auf Stabilität setzen, was unter Umständen auf Kosten einer demokratischen Beteiligungschance geht. Letztendlich, so die SchülerInnen, sei dadurch auch die Frage der Menschenrechte berührt: Inwieweit diese eingehalten werden, sei fraglich.

Wie reagiert nun die Bevölkerung? Im Großen und Ganzen hält sie ruhig, da sie keine Chance für ihre Wirkungsmöglichkeiten sieht; man witzelt, man versucht zu profitieren, so weit es eben geht. Das untergräbt weiterhin solidarisches Handeln: Jeder mißtraut jedem, viele sind korrupt – „wenn ich von dem Wahlgeschenk ein Jahr leben kann, ist das doch klar“, meinte ein Schüler. Andere meinten, die Bevölkerung hätte es nicht gelernt, sich zu engagieren, sie kann es nicht. Wiederum andere meinten, daß aufgrund der Bedrohung Stillhalten auch nachvollziehbar sei. Die Frage war, was geschehen müßte, um Veränderung zu erreichen. Muß der Impuls von oben (Geberländer) oder von unten kommen? Die SchülerInnen sprachen sich für beides aus, aber die Kraft dazu müßte von unten kommen. Über die Frage, ob dies Aufklärung oder Aktion bedinge, wurde eingehend disputiert: Kennen die Menschen ihre Rechte nicht? Oder wenden sie sie einfach nicht an? Bei einer Aufklärung, z.B. durch externe Vermittler, bestehe die Gefahr der persönlichen Bereicherung (Aufklärung als interessegeleitetes Agieren im Sinne einer bestimmten Institution und damit Vereinnahmung der Bevölkerung), bei Aktion bestehe die Gefahr, daß sie zu blindem Aktionismus führe, weil Formalia nicht eingehalten werden und Effizienz dadurch verhindert würde (s. Proteste der 90er). Idealerweise:

Kenntnisse der Bevölkerung müßten also kombiniert werden mit dem Willen und dem Handeln für Veränderung, breit gestützt von der internationalen Gemeinschaft.

Die TN wurden gefragt, warum sie so gewählt hätten? Die übereinstimmende Antwort war: Aus strategischen Gründen, nicht aus inhaltlichen Gründen: Wir wollen Veränderung. Ob es Parallelen mit Deutschland gebe? Das Stillhalten, Meckern ohne Handlung und Untätigkeit beginne in der Schule – man überlege, ob man eine schlechtere Note bekomme, wenn man den Mund aufmache und entscheide oft genug fürs Schweigen. Bequemlichkeit spiele auch eine Rolle: sich beklagen statt zu agieren (z.B. in Stadtteilgruppen, Parteipolitik, Initiativen) sei eben bequemer – einzustehen für etwas erfordere Selbstverantwortlichkeit. Damit müßte es beginnen, in Deutschland und in Kamerun.